

Zur Ethik der Kirchen

Der Glaube trennt, das Handeln eint – oder ist es heute umgekehrt?

Können die Kirchen in moralischen Fragen nicht mehr mit einer Stimme sprechen? Die Inszenierung der Konflikte einer solchen Frontstellung von evangelischer versus katholischer Ethik übersieht die zum Teil massiven Differenzen innerhalb der Kirchen selbst – sowohl in Deutschland als auch, oftmals noch schärfer, zwischen den Ortskirchen im Norden und im Süden. **VON GERHARD KRUIP**

Kardinal Kurt Koch, Präsident des Päpstlichen Einheitsrates, äußerte 2016 in mehreren Interviews, es gebe neue Differenzen zwischen den Kirchen, vor allem in ethischen Fragen. Diese Unterschiede seien gefährlich und müssten um der Ökumene und der moralischen Autorität der Kirchen willen überwunden werden. Früher habe gegolten, dass der Glaube trennt, das Handeln aber eint – inzwischen sei es eher umgekehrt. Heute seien „vor allem“ ethische Fragen kontrovers. Er nannte die Bereiche Stammzellforschung, Abtreibung, Sterbehilfe, Ehe, Familie und Homosexualität. Insbesondere die EKD-Orientierungshilfe zum Thema Familie „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“ aus dem Jahr 2013 hatte zum Teil massive Kritik von katholischen Bischöfen wie Joachim Meisner, Franz-Peter Tebartz-van Elst (damals noch im Amt und Vorsitzender der Familienkommission der DBK) und Rudolf Voderholzer provoziert. Bei vielen dieser Fragen spielt auch die Gender-Debatte eine Rolle.

Aber auch umgekehrt gibt es immer wieder Kritik an der offiziellen Position der katholischen Kirche von evangelischer Seite. So hatte der profilierte evangelische Theologe und Ethiker Hartmut Kreyß 2008 bei einer Tagung für Konfessionskunde die zunehmende „Kontrovers-Ethik“ zwischen den Konfessionen bedauert. Aus seiner Sicht habe die katholische Kirche in manchen Fragen ihre eigene Tradition der sorgfältigen Güterabwägung aufgegeben und denke nur noch in strengen Verbotsnormen. Dabei kritisierte er insbesondere das Lehramt der katholischen Kirche und deren zu starke amtskirchliche Bevormundung der katholischen Laien und auch der theo-

Gerhard Kruij

(geb. 1957) ist seit 2006 Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Mainz.

logischen Forschung. Im katholischen Bereich sei im Grunde keine offene Debatte mehr möglich.

Die Inszenierung der Konflikte in einer solchen Frontstellung von evangelischer versus katholischer Ethik übersieht freilich die zum Teil massiven Differenzen innerhalb der Kirchen selbst – sowohl in Deutschland als auch, oftmals noch schärfer, zwischen den Ortskirchen im Norden und im Süden. So kann es vorkommen, dass evangelikale Kreise moralische Positionen von katholischen Bischöfen loben. Und umgekehrt haben auch viele Katholiken das evangelische Familienpapier positiv aufgenommen und hoffen, dass sich auch ihre eigene Kirche in diesen Fragen bewegt. Der Dialogprozess, der in den Jahren 2011 bis 2015 in der katholischen Kirche in Deutschland stattfand, hat gezeigt, dass die Bischöfe in vielen Fragen, beispielsweise hinsichtlich der Homosexualität oder der Zulassung von wiederverheirateten Geschiedenen, untereinander uneins sind und der konservativere Teil von ihnen in ihrer eigenen Kirche isoliert ist. Seit der Wahl von Papst Franziskus 2013 hat es auch in der katholischen Kirche einen Prozess der Öffnung und der Zulassung auch divergenter Positionen gegeben, der zu Hoffnungen Anlass gibt, auch wenn es noch kaum zur Veränderung offizieller Positionen gekommen ist. Die Umfragen vor den beiden Bischofssynoden 2014 und 2015 zum Thema Familie haben gezeigt, dass zumindest in Deutschland die meisten Katholiken nicht mehr von der Richtigkeit einiger der lehramtlichen Positionen in Fragen von Ehe und Sexualität überzeugt sind.

Insgesamt aber erscheinen die obengenannten strittigen Themen eher als Randthemen. Und auch weiterhin dürften gemeinsame ethische

Positionen und entsprechendes öffentliches Engagement der Kirchen eine große Rolle spielen. Schon am Beginn der weltweiten ökumenischen Bemühungen im 20. Jahrhundert stand die „Weltkonferenz für Praktisches Christentum“ in Stockholm 1925. Seitdem gehörte die Einschätzung zum Grundtenor der Ökumene, dass man sich in ethischen Fragen leichter einigen könne als in dogmatischen. So ist die ethische Gemeinsamkeit doch weiterhin sehr beeindruckend. Seit 1950 wurde im Ruhrgebiet eine „Gemeinsame Sozialarbeit der Konfessionen im Bergbau und bei Opel“ betrieben. Seit den Siebzigerjahren gibt es gemeinsame Stellungnahmen zu ethischen Themen. Seit 1994 wird die „Woche für das Leben“ gemeinsam veranstaltet. Ein Höhepunkt ökumenischer Gemeinsamkeit war das viel beachtete Gemeinsame Sozialwort 1997. Seit 2010 begehen die Kirchen jährlich einen gemeinsamen „Tag der Schöpfung“.

Große Einigkeit zeigte sich auch bei den Themen Atomausstieg (jedenfalls seit der Katastrophe von Fukushima im März 2011), Klimawandel, Entwicklungspolitik (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung – GKKE) und zuletzt auch angesichts der Zuspitzung der Situation im Jahre 2015 bei Fragen der Migration. In der „Charta Oecumenica“ von 2001 (unterzeichnet von der Konferenz Europäischer Kirchen und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenz) haben sich die Kirchen auch dazu verpflichtet, „uns über Inhalte und Ziele unserer sozialen Verantwortung miteinander zu verständigen und die Anliegen und Visionen der Kirchen gegenüber den säkularen europäischen Institutionen möglichst gemeinsam zu vertreten (sowie) die Grundwerte gegenüber allen Eingriffen zu verteidigen“ (Nr. 7).

Nach mühsamen Klärungsprozessen – sowohl innerhalb der Kirchen als auch zwischen ihnen – startete Anfang 2014 die „Ökumenische Sozialinitiative“. In dem Text „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ stellte sie ein gemeinsames und grundlegendes Verständnis von Sozialer Markt-

wirtschaft und ihren sozialpolitischen Implikationen vor und lud zur Debatte darüber, vor allem auf der Internetseite www.sozialinitiative-kirchen.de ein. Die Resonanz war enttäuschend, auch deshalb, weil der Text in vielen Aussagen sehr konsensfähig war, wenig Ecken und Kanten zeigte und auch wenig Bezug zu aktuell diskutierten Fragen aufwies.

Die zur Beendigung des Prozesses vom Vorsitzenden des Rates der EKD, Landesbischof *Heinrich Bedford-Strohm*, und dem Vorsitzenden der DBK, *Reinhard Kardinal Marx* (beide übrigens ausgewiesene Sozialethiker), ver-

fasste „Gemeinsame Feststellung zur Ökumenischen Sozialinitiative“ vom 2. Oktober 2015 bemühte sich, obwohl ebenfalls sehr allgemein gehalten, um stärkere Bezüge zur Aktualität, indem sie die kapitalismuskritischen Aussagen von Papst *Franziskus* aufnahm und zur aktuellen Flüchtlingskrise Stellung bezog. *Marianne Heimbach-Steins* warf der Initiative mit Recht einen „Mangel an inhaltlicher Positionierung“ und „eine nur halbherzige Einladung zur Debatte“ (Amos International 8.2 [2014] 40) vor. Insbesondere in der katholischen Kirche hatte man offenbar Angst vor allzu vielen politischen Kontroversen, weil man zugleich genug zu tun hatte mit den vielen internen Konflikten, die nach dem Missbrauchsskandal 2010 aufgebrochen waren und deren Dynamik durch die Wahl von *Franziskus* noch verstärkt worden war. Trotzdem macht die gemeinsame Initiative klar, dass es einen großen Fundus an Gemeinsamkeiten gibt, in jedem Fall im Bereich der Sozialethik.

Dies zeigte auch ein gemeinsames Treffen von evangelischen und katholischen Sozialethikern, das im Rahmen der Diskussionen über die Sozialinitiative am 31. Januar 2015 in Frankfurt stattfand. Auch hier waren die inhaltlichen Differenzen innerhalb der Konfessionen mindestens so groß wie zwischen ihnen, obwohl es doch zwischen den konfessionell geprägten Ethiken typische Unterschiede gibt, wie sich das auch in individuelle Fragen zeigt: Die typischen Texte, auf die man sich beruft, sind natürlich

unterschiedlich, die konfessionsinternen Konflikte prägen manche Aussagen in einer Weise, dass sie im interkonfessionellen Gespräch für Irritationen sorgen können, und ganz grundsätzlich gibt es Differenzen im Vernunftkonzept. Während katholische Ethiker meist eine „autonome Moral“ bevorzugen (und diese auch gegen lehramtliche Bevormundung in Stellung bringen), zeigen evangelische Ethiker häufig eine tiefe Vernunft- und auch Moralskepsis. Für katholische Ethiker sind Menschenwürde und Autonomie eng verbunden, während evangelische Ethiker die Menschenwürde fast ausschließlich vom Glauben an einen gnädigen Gott her begründen.

Weitere Unterschiede zeigten sich beispielsweise an der Debatte, die in der Schweiz um die gesetzliche Regelung der Suizidbeihilfe geführt wurde. Während die katholische Kirche für eine strengere gesetzliche Regelung eintrat, plädierte die evangelische Kirche für mehr individuelle Entscheidungsfreiheit. Interessanterweise wird im evangelischen Bereich trotz der Skepsis gegenüber der Autonomie die Selbstbestimmung im Zusammenhang des Würdeschutzes oft höher gewichtet als der Lebensschutz – sozusagen die *iustus*-Seite des *simul iustus et peccator*.

Ähnliche Unterschiede zeigen sich auch bei einigen Stellungnahmen des Nationalen Ethikrates, wo katholische Ethiker in manchen Punkten zum Mittel des Sondervotums greifen (beispielsweise bei der Embryo-Adoption, dem Inzestverbot oder der illegalen Kindsabgabe), bei manchen Themen aber durchaus auch ein Votum mit evangelischen Ethikern gemeinsam formulieren, beispielsweise für ein gesetzliches Verbot der Präimplantationsdiagnostik.

Differenzen offensiv diskutieren

Vorhandene Differenzen sollten und könnten Anknüpfungspunkte für ein intensiveres ökumenisches Gespräch auch unter den wissenschaftlich tätigen evangelischen und katholischen Ethikern sein. Hier geschieht bislang jedoch zu wenig. Ein Problem besteht darin, dass es an evangelisch-theologischen Fakultäten weniger Lehrstühle mit ausgesprochen ethischem oder sozialetischem Profil gibt, ja in den letzten Jahren sogar eher ein Rückbau stattgefunden hat. Die „Ökumenische

Eigentlich gäbe es viele wichtige ethische Fragen, die aus christlicher Perspektive angegangen werden sollten.

Arbeitsgemeinschaft Sozialethischer Institute“, in deren Rahmen es mehrere Jahre lang zu Begegnungen zwischen evangelischen und katholischen Sozialethikern kam, gibt es faktisch nicht mehr. Allerdings hat sich die ökumenische sozialethische Zeitschrift (www.ethik-und-gesellschaft.de) sehr gut entwickelt. Eigentlich gäbe es so viele wichtige ethische Fragen, die aus christlicher Perspektive angegangen werden sollten, dass evangelische und katholische Ethiker viel mehr miteinander als nebeneinander her arbeiten und ihre Kräfte stärker bündeln sollten. Die Hoffnung, dass gemeinsame Stellungnahmen in einer immer pluraleren Öffentlichkeit ein größeres Gewicht haben könnten, ist sicherlich weiterhin berechtigt. Dies darf aber nicht dazu führen, die Forderung, immer mit „einer Stimme“ zu sprechen, zu verabsolutieren. Die Kirchen sollten dort gemein-

sam auftreten, wo sie das glaubwürdig tun können, auch ohne ihre inneren Konflikte unter den Teppich zu kehren. Wenn es aber Differenzen in wichtigen Fragen gibt, sollte man sie – auch in der Öffentlichkeit – offensiv diskutieren, denn diese können auch ein Katalysator sein für dringende interne Lernprozesse, besonders auch für die katholische Kirche, beispielsweise bei Themen wie Sexualität, Familie, Gleichberechtigung der Geschlechter. Zur Glaubwürdigkeit der Kirchen gehört es auch zu zeigen, dass man mit Konflikten fair und verständigungsorientiert umgehen kann. Konkrete Handlungsorientierungen mögen trennen, aber wie man um die richtigen gemeinsam ringt, kann auch dann verbinden, wenn man nicht zu einem einheitlichen Ergebnis kommt.

Dann kann auch die Gefahr minimiert werden, ethische Sachfragen allzu

schnell als konfessionelle Streitfragen zu bearbeiten, denn das würde den Weg zur Sache selbst verstellen. Auch muss es dann zwischen den Konfessionen keine unglückliche Rollenverteilung geben, die auf falschen Zuschreibungen beruht, so als seien die einen für die Normen, die anderen für die Sensibilität für die Situation, die einen für strenge Mahnungen, die anderen für Tröstung und Freiheit der Gewissen zuständig, oder umgekehrt, dass die einen als diejenigen gelten, die die Moral wirklich ernst nehmen, die anderen aber nicht (vgl. HK, September 2013, 461-466, 466). Als Christen schulden wir gemeinsam der Gesellschaft, in der wir leben, das ernsthafte Bemühen um die richtigen ethischen Positionen. Dabei sollte es uns aber vorrangig um die Sache und die betroffenen Menschen gehen, nicht um das eigene Profil, politischen Einfluss oder die Festigung von Machtpositionen. ■